

Vier Fragen der Studierendenvertretung
an die Kandidat*innen der Römer-Fraktionen

op18?

oberbürgermeisterwahl 25/02/2018

astat 

Der oder die Frankfurter Oberbürgermeister*in kann in der Funktion als Aufsichtsratsvorsitzende*r des RMV die Nahverkehrspreise senken. So wurden schon vergünstigte Karten für Senioren, billige Tagesticket für Touristen und das Schülerticket für Schüler*innen und Azubis durchgesetzt, Hochschüler*innen gingen bisher leer aus.

Das RMV-AStA-Semesterticket kostet 123 Euro, bei Immatrikulation in Frankfurt aber fast das doppelte, nämlich 213 Euro. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass Frankfurter Hochschüler*innen den gleichen Preis wie an allen anderen Hochschulen in Hessen zahlen?

**Nargess
Eskandari-
Grünberg**

Die RMV-Preise sind zu hoch. Ich setze mich für eine 365 €-Jahreskarte (1 € pro Tag) für Frankfurt ein. Günstigere Tarife z. B. für Auszubildende, Schülerinnen und Schüler bleiben davon unberührt. Studierende in Frankfurt sollen nicht mehr bezahlen als in anderen hessischen Universitätsstädten.

**Peter
Feldmann**

Die Vereinbarung zum Semesterticket wird zwischen den ASten und dem RMV ausgehandelt. Deshalb haben fast alle Hochschulen unterschiedliche Semesterticketpreise. Ich werde mich gerne als Oberbürgermeister für eine Anpassung einsetzen. Eine Idee wäre auch, dass Studierende in Frankfurt auch das bereits umgesetzte Schülerticket für 365 Euro nutzen dürfen.

**Nico
Wehmann**

Ich glaube das sowas Ländersache oder die des AStA (ich habe gehört da schlummern Unmengen an Geldreserven auf dem AStA Konto) ist, aber ein Semesterticket soll später eh niemand mehr brauchen, ich will einen kostenfreien ÖPNV. Notfalls führe ich eine Rabattkarte fürs Schwarzfahren ein – 5x erwischt werden und nur 4x zahlen!

**Bernadette
Weyland**

Ich fände es gut, wenn in Hessen das Semesterticket an allen Hochschulen den gleichen Preis hätte. Das hängt aber nicht nur am RMV, sondern auch an den einzelnen Hochschulen als Verhandlungspartner.

**Janine
Wissler**

Ich möchte die Fahrpreise für alle senken, auch den Preis des Semestertickets. Eigentlich sollte es gar nichts kosten. Und auch nach dem Ende des Studiums und für alle anderen Menschen sollte es freie Fahrt für alle geben – sehr günstig oder kostenlos. Deshalb wollen wir mittelfristig den Nulltarif durchsetzen.

Bislang dürfen Hochschüler*innen, wie Medizinstudierende die für das Praktische Jahr nach Frankfurt kommen, anders als z.B. Banklehrlinge nicht das Schülerticket beantragen. Werden sie dafür sorgen, dass alle Frankfurter*innen mit Auszubildendenstatus, ob Hoch- oder Berufsschule, unterschiedslos das günstigere Schülerticket beantragen können?

**Nargess
Eskandari-
Grünberg**

Medizinstudierende im Praktischen Jahr sollen das Schülerticket bekommen, wenn sie nicht in den Genuss des Semestertickets kommen können, weil sie nicht mehr an der Uni immatrikuliert sind.

**Peter
Feldmann**

Die Vereinbarung zum Semesterticket wird zwischen den ASten und dem RMV ausgehandelt. Deshalb haben fast alle Hochschulen unterschiedliche Semesterticketpreise. Ich werde mich gerne als Oberbürgermeister für eine Anpassung einsetzen. Eine Idee wäre auch, dass Studierende in Frankfurt auch das bereits umgesetzte Schülerticket für 365 Euro nutzen dürfen.

**Nico
Wehmann**

Medizinstudierende kommen zumeist aus einem privilegierten Elternhaus, so wie BWLer oder schlimmeres. Unter mir werden nur GeisteswissenschaftlerInnen, also Studierende aus den ärmlichen Verhältnissen, sowas bekommen.

**Bernadette
Weyland**

Das Schülerticket soll Schülern und Auszubildenden vorbehalten sein. In den hier genannten Fällen sollte ein Weg gefunden werden, auch das Semesterticket nutzen zu können.

**Janine
Wissler**

Es gibt keinen Sinn, hier zwischen Azubis, die Berufsschüler sind, und denen, die eine Hochschule besuchen, zu unterscheiden.

Frankfurter Wohnraum wird ständig teuer, und liegt auch im Sozialbaubereich schon bei ca. 14,10 Euro/qm, neue private Appartements verlangen teils das Doppelte. Hochschüler*innen haben selbst beim vollen BAföG-Satz nur 250€ pro Monat für die Miete zur Verfügung.

Frankfurt hat eine unterdurchschnittliche Wohnheimversorgung von nur 7% - Welche ungenutzten Flächen werden sie dem Studentenwerk für die nötigen knapp 2.000 Wohnheimplätze bereitstellen, damit

**Nargess
Eskandari-
Grünberg**

Geförderter Wohnraum für Studierende muss in Frankfurt einer der Schwerpunkte des Wohnbauprogramms werden. Dazu gehört auch der Ausbau an Wohnheimplätzen. Als OBin werde ich mit den Studierendenvertretungen, dem Studentenwerk, stadtnahen Wohnungsbaugesellschaften und Genossenschaften einladen, gemeinsam ein Ausbauprogramm auf den Weg zu bringen.

**Peter
Feldmann**

Grundstücke müssen vom Land Hessen zur Verfügung gestellt werden. Ich setze mich schon sehr lange dafür ein, dass Grundstücke wie zum Beispiel das alte Polizeipräsidium nicht meistbietend vom Land versteigert werden, sondern der Stadt bezahlbar zugeführt werden.

**Nico
Wehmann**

Im Gallus, oder nennen wir es das verlängerte Europaviertel, entstehen doch schon hochpreisige Parzellen für die besseren Studierenden. Für alle anderen plane ich ein neues Rödelheimer Hochhaus (ebenso versifft) und einen neuen Stadtteil.

**Bernadette
Weyland**

Ich will die Wissenschaftsstadt Frankfurt weiter stärken und Studierenden sowie Auszubildenden das Wohnen in Frankfurt noch besser ermöglichen. Daher strebe ich zusammen mit der CDU an, gemeinsam mit der Universität, den Hochschulen, der IHK, der Handwerkskammer und den öffentlichen Wohnungsgesellschaften einen Pakt für preisgünstiges Wohnen für Studierende und Auszubildende ins Leben zu rufen. Schon seit langem setze ich mich für den Bau eines Studentenwohnheims auf dem Siesmayer-Gelände ein. Aber der amtierende Oberbürgermeister setzt das Projekt nicht um.

**Janine
Wissler**

In den letzten Jahren ist vermeintlich studentischer Wohnraum durch private Investoren geschaffen worden, den sich die allermeisten Studierenden aber gar nicht leisten können. »The Flag« oder »Bed & Brains« sind traurige Beispiele dafür. Die Stadt muss dringend eigene Flächen für bezahlbaren Wohnraum nutzen, statt sie gewinnbringend an Investoren zu verkaufen, die dann Luxuswohnungen und Büros errichten. Das Studentenwerk ist hierbei ein ganz wichtiger Partner, dem natürlich ungenutzte Flächen zur Verfügung gestellt werden müssen. Das könnten z.B. Flächen auf dem Campus Bockenheim sein, die der Stadt gehören, aber nach und nach an private Investoren verschertelt werden, oder das Grundstück an der Siesmayerstraße, wo zwar ein Bau zugesagt ist, der sich aber verzögert.

Hochschüler*innen konkurrieren mit anderen einkommensschwachen Gruppen um günstigen Wohnraum. Sind Sie für eine höhere Quote von sozial gefördertem Wohnraum auch bei der städtischen ABG und bei privaten Investor*innen und wie hoch sollte diese Quote ausfallen?

**Nargess
Eskandari-
Grünberg**

Ich setze mich dafür ein, dass künftig 40% der Wohnbaufläche für öffentlich geförderte Wohnungen und weitere 20% für gemeinschaftliche Wohnprojekte, die ihrerseits auch geförderten Wohnraum schaffen, bereitgestellt werden. In diesem Rahmen soll auch Studierenden mit Förderanspruch Wohnraum angeboten werden.

**Peter
Feldmann**

Die städtische Wohnungsbaugesellschaft ABG hat jetzt mit dem Studentenwerk einen Kooperationsvertrag geschlossen, der in den nächsten Jahren 1000 neue Wohnheimplätze vorsieht. Des Weiteren werden wir über die Konzeptvergabe viel deutlicher darauf achten, dass studentisches Wohnen mit berücksichtigt wird.

**Nico
Wehnmann**

Ich begrüße den neuen Stadtteil vollinhaltlich! Schließlich braucht es Platz für die Menschen, die sich die Umwandlung der Innenstadt in eine Gated Community für Luxuswohnungen und Immobilienhaie nicht leisten können. Nach unseren Vorstellungen muss das durch die Benennung des neuen Stadtteils «Proloheim» oder «Elendsbach» deutlich gemacht werden. Dort wird es eine Sozialwohnungsdichte von 100% ABG-Wohnungen geben.

**Bernadette
Weyland**

Wir sind uns alle darüber einig, dass wir mehr bezahlbaren Wohnraum in Frankfurt brauchen. Sozial geförderter Mietwohnungsbau, Genossenschaftliches Wohnen und Eigentumsbildung für alle sind drei wichtige Säulen bezahlbaren Wohnens in Frankfurt. Mindestens 40% der neu entstehenden Wohnungen der öffentlichen Wohnungsbaugesellschaften entstehen im geförderten Wohnungsbau. Bei Bebauungsplänen oder städtebaulichen Verträgen sind grundsätzlich 30% für den geförderten Wohnungsbau vorgesehen. Das halte ich für richtig und ausreichend.

**Janine
Wissler**

Die städtische ABG muss sich – Ihrer Satzung gemäß – nahezu ausschließlich auf das Errichten von bezahlbarem und gefördertem Wohnraum beschränken. Dafür ist sie da und deshalb fordern wir die derzeitige Quote von 40% gefördertem Wohnraum mindestens zu verdoppeln. Städtische Grundstücke dürfen nicht an private Investoren verkauft werden.